

Südwestwind



Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises Steglitz-Zehlendorf

SOMMERTHEATER 2010 – „ROT-GRÜN“ VERSUS „GRÜN-ROT“

Es ist Sommerzeit, und es ist heiß. Wie in jedem Jahr finden in den Medien mehr oder weniger löcherige Debatten statt. So greift der Sommerloch-Report des Focus Merkwürdigkeiten auf: „Feuerwehr befreit Mann aus Mülltonne“ oder „Taiwanerin tötet vier Millionen Mücken“. Auch die Politik kommt in Gestalt der niedersächsischen Agrarministerin Astrid Grotelüschen mit ihrer engagierten Verteidigung von Mastputen-Brütereien zu Wort. Erinnern wir uns, sogar der Dackel von MdB Wellmann füllte einmal die Spalten einer Tageszeitung. Der Hund ist seitdem nicht weiter auffällig geworden, von seinem Herrchen hat man auch nichts mehr gehört.

Das ist die Krux der Berliner Politik: spannende Sommergeschichten sind rar. In Berlin regiert der Wowerit-Senat ruhig und effizient. Klaus Wowerit ist die uneingeschränkte politische Führungsfigur dieser Stadt und seine Berliner SPD hat die Stadt wirtschaftlich, sozial und ökologisch in dieser Legislaturperiode nach vorn gebracht. So mussten die Berliner Medien in den letzten Jahren selbst aktiv werden und politische Possen inszenieren. Das Sommertheater „Jamaika“ hatte ja etwas von einem Urlaubsziel. Das Ergebnis gleicht aber der Geschichte von Wellmanns Dackel. Nach neuesten Umfragen haben zwei Partner dieser Abenteuerreise politischen Schiffbruch erlitten: Bei Wahlen würde gegenwärtig die eine Partei nicht mehr dem Parlament angehören, die andere um den Status der kleinsten Oppositionspartei kämpfen.

Nur der Farbe Grün scheint die Reise nach Jamaika gut bekommen zu sein.

Und damit sind wir beim diesjährigen Sommertheater der Berliner Medien. Aus einer denkbaren Koalition „Rot-Grün“ soll „Grün-Rot“ werden. So will es zumindest das Haus Springer. Das alleinige Ziel dieses Umfrage-Gerüchts ist es, die Berliner SPD zu schwächen – daran arbeitet man ja dort schon seit Jahrzehnten. Wer damit gestärkt und welche Koalitionsoptionen sich eröffnen würden, ist denen schnuppe. Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten uns von diesem Sommertheater nicht irre machen lassen und weiter an der Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger und für eine bessere Daseinsvorsorge arbeiten. Die Bekämpfung der sozialen Verwerfungen und die Wahrung des sozialen Zusammenhalts bleiben unsere Zukunftsaufgaben.

Wir werden auch 2011 stärkste Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bleiben und mit Klaus Wowerit weiter die Führungsrolle im Berliner Senat innehaben. Mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit sollten wir in den kommenden Monaten politisch agieren. Die Kraft ziehen wir aus guten Umfragewerten. Dagegen führen beleidigte und wütende Antworten auf die Frage: „Was wäre, wenn?“ gegenwärtig nicht weiter. Negation ist keine gute Orientierung. Sie wird nur als Schwäche interpretiert. Letztendlich müssen Landesparteitage Antworten auf Koalitionsfragen geben.

Michael Arndt, Kreisvorsitzender

INHALTSVERZEICHNIS

Sommertheater 2010 – „Rot-Grün“ versus „Grün-Rot“	Michael Arndt.....	1
In Eigener Sache.....		2
Der öffentliche Raum im Bezirk.....	Uwe Stäglich.....	3
Baumaßnahmen im Bezirk und Baustellen der Bezirkspolitik ..	Michael Karnetzki.....	4
Lärmschutz in Nikolassee – hier zu wenig, da zu viel!.....	Holger Thärichen.....	5
Aus dem Bundestag.....	Petra Merkel.....	7
Junge Menschen für die SPD gewinnen - das „Projekt U 25“	Ayah El-Khadra.....	8
Neumitglieder.....		8
Der gemeinsame rote Faden - Das Kreisarbeitsprogramm	R. Stüwe/J. Kellermann.....	9
Termine		11
Die Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD		19
Die Schulstrukturreform im Internet	Dominic Stingl.....	21
Ein Jahr nach der Wahl: Es geht wieder Aufwärts	Andreas Linde.....	21
Mehr als ein Name.....	G. Niebergall.....	23
Gesundheit im Alter	Jeffrey Butler.....	23
Geburtstage.....		24
Wer will wem was wegnehmen?	Hans -W. Weinzen.....	25
Hans-Joachim Püschel - Seit über 60 Jahren Sozialdemokrat	D. Brilleaud/G. Niebergall ..	26
Aktuell im Internet.....		27
Gedenken		27

IN EIGENER SACHE

Ein neues Gesicht hat der Südwestwind nicht nur äußerlich bekommen, auch hat sich die Redaktion neu aufgestellt. Kleine Änderungen im Erscheinungsbild des Südwestwinds gab es bereits in der letzten Ausgabe. Mit der aktuellen Ausgabe wurde der erste große Schritt für die Neugestaltung abgeschlossen. Die Titelseite wurde der Farbgebung der Kreisveröffentlichungen und dem neuen Würfellogo der SPD angepasst. Kleinere Veränderungen sind die Anpassung der Schrift, der veränderte Spaltensatz und die Verschiebung beispielsweise des Beitrags unseres Kreisvorsitzenden auf die Titelseite. Die Rubrik „Neumitglieder“ soll dazu beitragen, die Bindungskraft zwischen den Mitgliedern zu verbessern.

Ziel war und ist es aber, nicht nur kosmetisch den Südwestwind zu erneuern.

Auf einem Treffen Mitte Juli ging es unter anderen um die Gewinnung von neuen Freiwilligen für die Redaktion unserer Mitgliederzeitung.

Wir wollen Euch mit dem Südwestwind mehr Informationen von den Funktionären und Mandatsträgern des Kreises bieten, beispielsweise über die Arbeit und die Planungen der BVV oder des Bezirksamts. Dabei sollen natürlich Eure Beiträge nicht zu kurz kommen. Wenn Ihr eine Idee für einen Artikel oder ein Thema habt, über das Ihr schreiben wollt, sprecht uns einfach an. Dann können wir Euch helfen und den Beitrag für eine der nächsten Ausgaben des SWW einplanen. Davon einmal abgesehen, freuen wir uns über konstruktive Kritik.

Die Redaktion

DER ÖFFENTLICHE RAUM IM BEZIRK

8,39 % der Fläche von Steglitz-Zehlendorf sind öffentliche Grünflächen, Kleingärten, Friedhöfe, kurz – öffentliches Grün. Weitere 9,27 % sind Verkehrsflächen, Straßen, Plätze, Fuß- und Radwege. Alles zusammen ist der öffentliche Raum, um den sich in meinem Ressort das Tiefbau- und Grünflächenamt kümmert.

Es ist auch der Bereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger eine effektive Bezirksverwaltung erwarten und mit dem sie die Qualität eines Bezirks verbinden. Wie in anderen Bereichen auch ist der Zustand des öffentlichen Raums in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Personal- und Sachmittel zu sehen. Im Tiefbau sind die Sachmittel nach der intensiv geführten Diskussion über den Zustand der öffentlichen Straßen zu Recht mit einer Mindestveranschlagung versehen worden, d.h. der Bezirk muss eine vorgegebene Mindestsumme einsetzen. Dieser Einsatz soll dann allen Verkehrsteilnehmern zugute kommen, daher werden von mir in jedem Jahr 10 % der Mittel für Maßnahmen im Bereich Barrierefreiheit und Radverkehr eingeplant, in 2010 sind das 345.600,- € von insgesamt 3,456 Mio €. Und die anderen 90 %? Diese werden einerseits für die laufende Unterhaltung eingesetzt, so die fortlaufende Reparatur der gemeldeten Schadstellen im Straßenraum, aber auch für ausgewählte Abschnitte im Straßennetz, so in den letzten Jahren z.B. die einzelnen Abschnitte in der Leonorenstraße mit Kosten von jeweils ca. 150.000 €.

Neben diesen Mitteln war es eine wichtige und richtige Entscheidung des Senats, neben Mitteln des Konjunkturpakets zur Lärmsanierung an Straßen, so z.B. in der Birkbuschstraße, nach dem strengen Winter zusätzliche Mittel als

sog. Schlaglochsanierungsprogramm zur Verfügung zu stellen. Viele von Euch werden in den letzten Wochen die Vielzahl von Baustellen im Straßenraum festgestellt haben – hier wurde und wird dann dieses Geld eingesetzt! Uns allen muss bewusst sein, dass eine dauerhafte Verbesserung des Straßennetzes nicht von heute auf morgen möglich ist, aber die Richtung stimmt – und die wollen wir im Interesse aller Verkehrsteilnehmer fortsetzen!

Während es so im Tiefbau viele positive Entwicklungen gibt, ist der Trend im Grünflächenbereich widersprüchlich.

Im Moment ist eine Beschlussfassung der BVV an vielen Stellen im Bezirk sichtbar – viele Baumstandorte konnten durch neue Bäume wieder gefüllt werden. Doch neben den zusätzlich aus Grundstückserlösen, also dem Verkauf öffentlicher Flächen, eingesetzten 500.000 € wurden weitere 200.000 € der „normalen“ Grünflächenunterhaltung durch einen schwarz-grünen Mehrheitsbeschluss dafür geblockt. Und dieses Geld fehlt nun, zur Verfügung sind nur noch knapp 1 Mio. €. Das Geld fehlt nicht nur bei neuen Projekten im Grünflächenbereich, sondern die diesjährige Witterung hat dazu geführt, dass in weitaus größerem Umfang als geplant Mittel für das Mähen an Randstreifen aus Sicherheitsgründen, für die Entsorgung von Totholz und für die Pflege der Straßenbaumbestandes eingesetzt werden mussten. Daher fehlen derzeit im Grünflächenbereich Mittel. Die für die neuen Straßenbäume reservierten Mittel müssen dringend für das bestehende Grün eingesetzt werden. Und aus dem Grund war es auch leider nicht möglich, aus bezirklichen Mitteln weitere Platzflächen wieder grundsätz-

lich zu überarbeiten, so wie es z.B. am Friedrichsruher Platz und am Dubrowplatz in 2009 erfolgte. Ausnahme ist hier noch der Breitenbachplatz, bei dem neben den Mitteln der BVG zur Wiederherstellung des Platzes nach der Tunnel-sanierung weitere bezirkliche Mittel für die Aufwertung genutzt wurden.

Da aber auch Grünflächen – wie Straßen – eine Grunderneuerung benötigen und es nicht sein kann, dass bei öffentlichen Wegen zum Schluss nur noch der Schotter als unterste Schicht eines Weges

bleibt, liegt hier eine Chance der bezirklichen Investitionsplanung, in der neben allen inhaltlichen Schwerpunkten wie Bildung, Jugend und Sport auch an das öffentliche Grün gedacht werden sollte – in Form von Kinderspielplätzen, Wegeer-neuerungen, Maßnahmen auf Friedhöfen sowie auch erneuerten Unterkünften für die vor Ort tätigen Gärtner. Denn auch das gehört dazu – zum auch in Zukunft Grünen Bezirk Steglitz-Zehlendorf!

Uwe Stäglin, Bezirksstadtrat

BAUMASSNAHMEN IM BEZIRK UND BAUSTELLEN DER BEZIRKSPOLITIK

Unter anderem diverse Baustellen künden davon, dass jetzt ein Jahre vor den Wahlen bestimmte wichtige Vorhaben sozialdemokratischer Politik in Berlin und im Bezirk in die Umsetzung gegangen sind. Das ist gut so. Denn 2011 wird Bilanz gezogen.

Die Umgestaltung der Schloßstraße in Steglitz hat sichtbare Konturen angenommen. Nicht nur der Umbau von Karstadt und Wertheim zum „Boulevard Berlin“ durch einen privaten Investor, zu dem die BVV vor den Sommerferien durch den notwendigen B-Plan-Beschluss den Weg frei gemacht hat. Für uns als SPD-Fraktion war es hier besonders wichtig, ein Höchstmaß an öffentlicher Durchwegung zum rückwärtigen Park-gelände zu erreichen, wenn sich auch die 24-Stunden-Öffnung des Durchgangs von der Schloßstraße nicht durchsetzen ließ. Auch die große bezirkliche Investi-tionsmaßnahme der Umgestaltung des Straßenraumes kommt sichtbar voran. In der letzten Wahlperiode hatte sich ein Sonderausschuss der BVV nach jah-relanger Diskussion auf ein Konzept für die Schloßstraße verständigt, das jetzt

umgesetzt wird. Durch die Verbreite-rung der Bürgersteige, die Anlage von Fahrradangebotstreifen und die Heraus-nahme des Auto-Durchgangsverkehrs auf die benachbarte Stadtautobahn soll die Aufenthaltsqualität auf der Schloß-straße erhöht werden. Auf Initiative der SPD-Fraktion werden im Planungsamt auch Überlegung zu einer attraktiveren Gestaltung der kleinen sog. „Pocket-Plätze“ an Zimmermann-, Muthesius-, Kieler- und Deitmarstraße angestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass entsprechende bauliche Maßnahmen in die nächste Investitionsplanung einge-hen. Denn die Schloßstraße ist als über-regional bekannte Einkaufsstraße ein wichtiges Schaufenster unseres Bezirks.

Aber es geht nicht nur um das Schau-fenster. Deshalb ist der zweite wichtige Schwerpunkt für Baumaßnahmen im Bezirk die Ertüchtigung unserer Schu-len. Die Konjunkturprogramme der alten Bundesregierung und des Senats haben hier Dinge ermöglicht, die schon lange notwendig sind. So erhalten jetzt alle Schulen Mensen für den Ganztagsbetrieb. In den ehemaligen Real- und Hauptschu-

len werden die baulichen Voraussetzungen für das wichtigste Reformvorhaben sozialdemokratischer Schulpolitik in Berlin geschaffen: die Einrichtung der integrierten Sekundarschulen, die an die Stelle der alten Schulformen der Real-, Haupt- und Gesamtschule treten und wie die Gymnasien das Ablegen des Abiturs ermöglichen werden. Leider müssen wir befürchten, dass die grüne Schulstadträtin bei der Planung der entsprechenden Baumaßnahmen den tatsächlichen Raumbedarf für Mensen und andere Räume in den Schulen an manchen Stellen zu knapp bemessen hat. Deswegen werden wir die entsprechenden Raumprogramme nach den Ferien noch einmal im Schulausschuss einer kritischen Überprüfung unterziehen.

Die meisten Sekundarschulen im Bezirk werden zum neuen Schuljahr ihren Betrieb aufnehmen, ebenso wie die neue aus der Kooperation der Grundschule Am Rohrgarten und der Nikolaus-August-Otto-Hauptschule entstehende Gemeinschaftsschule. Wir wissen, dass die CDU im Bezirk dieser Umsetzung der Schulstrukturreform nur widerwillig zugestimmt hat und alles dafür tun wird, sie im Falle eines Regierungswechsels nach den Berliner Wahlen wieder rückgängig machen zu können. Unsere Aufgabe als SPD wird es sein, dies zu verhindern. Die pädagogischen Konzepte der Schule sind

keine Angelegenheit der Bezirkspolitik. Das ist klar. Trotzdem werden wir unsere Schulen nach Kräften bei ihren ersten Schritten als Sekundarschulen unterstützen. Denn wir wissen, dass die Schulpolitik gegenwärtig vielleicht die wichtigste Baustelle für den Erfolg sozialdemokratischer Politik in der Stadt sein wird.

Weitere Baustellen kommen in der Bezirkspolitik hinzu: die Einrichtung eines Gründerzentrums in Steglitz-Zehlendorf an der Schnittstelle zwischen universitärer Forschung und Wirtschaft, die Klärung der Zukunft des Dahlemer Museumsstandorts im Zusammenhang mit den Planungen zum Humboldtforum in Berlin-Mitte, die Umsetzung der Jobcenter-Reformen vor Ort, der Erhalt und die Weiterentwicklung des Kooperationsfeldes von Jugendhilfe in freier und öffentlicher Trägerschaft auch im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Konzepte für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit an Schulen, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Radfahrerinnen und Radfahrer im Bezirk und vieles mehr.

Auch eineinhalb Jahre vor den Berliner Wahlen gibt es für uns also noch viel zu tun. Keine Gelegenheit, die Hände in den Schoß zu legen.

Michael Karnetzki
Vors. der SPD-Fraktion in der BVV

LÄRMSCHUTZ IN NIKOLASSEE – HIER ZU WENIG, DA ZU VIEL!

Im Zehlendorfer Ortsteil Nikolassee ist der Lärmschutz seit vielen Jahren ein zentrales Thema. Zum einen geht es um den Lärm der AVUS, der zwischen der Spanischen Allee und Dreilinden für viele Anwohner ein ständiges Ärgernis darstellt. Hier fordern die Anwohner seit Jahren mehr Lärmschutz, z.B. durch eine

Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 60 und durch einen schallmindernden Autobahnbelag, insbesondere auf der Brückenkonstruktion am Nikolassee.

In jüngster Zeit kommt das Thema „Lärmschutz“ mit umgekehrten Vorzeichen daher: Die Deutsche Bahn AG plant eine Sanierung der Bahngleise im

Bereich des S-Bahnhofs Nikolassee. Da hiermit eine wesentliche Änderung der Bahnanlagen einhergeht, greifen nun die Lärmschutzaufgaben der 16. Bundesimmissionschutzverordnung. Die Folge: Die Bahn muss – nach eigenem Bekunden – eine 6 Meter hohe Lärmschutz an der Alemannenstraße errichten, um den gesetzlichen Lärmschutzvorschriften zu entsprechen. Dies bringt nun jedoch wieder die Anwohner auf die Palme, die eine Verschandelung des historisch gewachsenen Ortsbildes in Nikolassee befürchten. Mit dieser Kritik liegen die Anwohner auf einer Linie mit unserem SPD-Bezirksstadtrat Uwe Stäglin und mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Um diese schwierige Gemengelage mit allen Beteiligten eingehend erörtern zu können, fand auf meine Initiative hin am 2. Juli ein Ortstermin des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr in Nikolassee statt. Vertreten waren hier neben den Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses die Bürgerinitiative Nikolassee, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Deutsche Bahn AG und Bezirksstadtrat Uwe Stäglin. Nach einem Rundgang durch die AVUS-Lärm-geplagten Teile von Nikolassee und entlang der Bahntrasse kamen wir anschließend in einem Tagungsraum des nahe gelegenen Hotels Grunewald zusammen, um die komplexen Lärmschutzprobleme zu erörtern.

Hier machten die Vertreter der Bahn AG deutlich, dass eine aufwändige und teure Lärmschutzwand, wie sie von den Anwohnern kritisiert wird, keinesfalls im Interesse der Bahn AG liege. Die Bahn AG würde selbstverständlich günstigere Lösungen begrüßen, sehe sich jedoch durch die Rechtslage daran gehindert. Einen Verzicht auf die Anhebung der S-Bahn-Brücken um 60 cm, durch die

das Erfordernis der Lärmschutzwand erst ausgelöst wird, schlossen die Vertreter der Bahn AG aus, da man das neue Regelwerk für Brückenbauten einhalten müsse und deshalb die Anhebung unausweichlich sei.

Weiter wiesen die Vertreter der Bahn AG drauf hin, dass die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts den Schutz der Anwohner durch aktiven Schallschutz – wie durch die geplanten Lärmschutzwand – fordere und hierauf auch kaum seitens der Anwohner verzichtet werden könne. Sonst bestünde stets das Risiko, dass einzelne Anwohner doch den gesetzlich vorgesehenen aktiven Lärmschutz einklagen.

Alternativen zur 6-Meter-Wand – wie von den Anwohnern und der Berliner Politik gefordert - konnte die Bahn AG nicht in Aussicht stellen, da nur bestimmte Lärmschutzmaßnahmen rechtlich zugelassen seien. Eine ebenfalls in die Diskussion gebrachte Versuchs- oder Erprobungsstrecke für alternative Lärmschutzlösungen in Nikolassee schlossen die Vertreter der Bahn AG ebenfalls aus, da solche Alternativlösungen nicht in einem regulären Planrechtsverfahren erprobt werden könnten.

Im Herbst wird nun ein Anhörungstermin im Rahmen des Planrechtsverfahrens in Nikolassee stattfinden, anschließend wird die planerische Abwägung erfolgen. Hier bleibt zu hoffen, dass doch noch Alternativen zur 6-Meter-Wand gefunden werden. Lärmschutz ist zwar gut und richtig, doch Lärmschutz gegen die Anwohner macht wenig Sinn! Die Belange der Stadtbildpflege und des Denkmalschutzes dürfen nicht einfach beiseitegeschoben werden, sondern müssen in der Interessenabwägung ein angemessenes Gewicht erhalten!

Auch das Problem des AVUS-Lärms kam beim Ortstermin ausführlich zur Sprache. Hier sprach sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gegen einen erneuten Vorstoß für eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 60 aus, da die hierdurch bewirkte Lärminderung um 1,5 Dezibel zu gering sei, um die Geschwindigkeitsreduzierung rechtssicher umsetzen zu können. Die anwesenden Abgeordneten machten jedoch deutlich, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung – neben anderen Maßnahmen, wie einer wirksamen Verkehrsüberwachung – durchaus erwogen werden sollte. Auch eine neue Lärmschutzwand an der AVUS statt der bestehenden transparenten Wand könnte hier weiterhelfen.

Für die Anwohner der AVUS in Nikolassee gibt es übrigens einen Lichtblick: Ab 2013/ 2014 soll eine Grundinstandsetzung der A 115 in diesem Bereich erfolgen, die auch zur Reduzierung der Lärmmissionen beitragen wird. Insbesondere

werden dann die schlagenden Geräusche durch die Brückenfugen über dem Nikolassee entfallen.

Mit der Initiative für den Ortstermin des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 2. Juli in Nikolassee konnte ich deutlich machen, wie Politik die Interessen der Menschen ernstnehmen kann: Durch den intensiven Dialog vor Ort und ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Probleme. So war auch die Bürgerinitiative Nikolassee mit dem Verlauf des Ortstermins sehr zufrieden und konnte sich mit ihren Anliegen gestärkt fühlen.

Auch ich werde mich weiterhin für einen angemessenen Lärmschutz in Nikolassee stark machen: Gegen einen unverhältnismäßigen Eingriff in ein historisch gewachsenes Ortsbild, aber für den wirksamen Schutz vor dem Lärm der Autobahn!

Holger Thärichen, MdA

AUS DEM BUNDESTAG

Wie jedes Jahr habe ich diesen Sommer - die „plenarfreie Zeit“ - dazu genutzt, vor Ort ins Gespräch zu kommen. Ich war mit meinen „Sommergesprächen 2010“ nicht nur mit meinen Infostand auf Wochenmärkten zu finden, sondern auch unterwegs bei Geschäftsstraßenbegehungen, bei Vereinen, Organisationen, Innungen und Institutionen, z.B. dem Jugendmigrationsdienst in Steglitz-Zehlendorf, um mich vor Ort und im Gespräch zu informieren, was die Menschen bewegt, freut oder stört. So habe ich den Sommer gut genutzt, bevor das bundespolitische Geschäft in Berlin wieder los geht. Für all die von Euch, die mich hier unterstützt haben, am Stand oder woanders, vielen Dank für Eure Hilfe!

Der parlamentarische „Alltag“ beginnt Anfang September mit Klausurtagungen der Fraktionen, ihrer Gremien sowie der zuständigen Arbeitsgruppen. Die erste Sitzungswoche im Herbst ist dann die „Haushaltswoche“, in der der Entwurf von Schwarz-Gelb für den Bundeshaushalt 2011 vorgelegt und debattiert wird – in der sogenannten Generaldebatte. Anschließend beginnen die Beratungen in den Ausschüssen, die bis November andauern. Es wird „mein“ zweiter Bundeshaushalt als Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags sein, und ich freue mich auf die Beratungen, die sehr zeitraubend, sehr lang, sehr intensiv, aber auch sehr spannend sind!

Wichtig ist, dass nach dem unsozialen Sparpaket die schwarz-gelbe Regierung ihren Kurs nicht einfach so fortsetzt. Das „Sparpaket“, das im Sommer vorgelegt wurde, ist an Unausgewogenheit und sozialer Ungerechtigkeit kaum zu überbieten. Geht es so weiter? Sparen müssen wir, so will es die Verfassung und so will es auch die Generationengerechtigkeit. Vielleicht vermitteln die guten Wirtschaftsdaten einen anderen Eindruck und nehmen scheinbar den Druck hier. Konsolidieren ja, aber

mit Augenmaß und gerecht und nicht auf Kosten der Schwachen. Hier sind wir als Sozialdemokraten besonders gefragt, um das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen und Alternativen zu unterbreiten. Schwarz-Gelb hat in kürzester Zeit extrem das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verloren. Und die guten Umfragewerte für Rot-Grün geben uns recht. Wir haben die besseren Inhalte!

Petra Merkel, MdB

JUNGE MENSCHEN FÜR DIE SPD GEWINNEN – DAS „PROJEKT U 25“

Ein Blick in unsere Versammlungen macht deutlich, woran es der SPD besonders mangelt: Es fehlen vor allem junge Menschen, die ihre Lebenssichten und Vorstellungen einbringen und dadurch unsere gemeinsame Arbeit bereichern können. Woran das liegt, mag viele Gründe haben. Einer davon ist sicherlich die oftmals unzureichende Ansprache. Dem will nun die Berliner SPD mit dem Projekt U 25 entgegenwirken. U 25 ist ein Praktikumsprojekt, das sich an junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren, insbesondere aus Nichtakademikerkreisen, richtet.

Im Rahmen dieses Praktikums, das im kommenden Oktober beginnt, erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vielfältige Einblicke in die Arbeitsweise der SPD. Das beginnt mit thematisch unterschiedlichen Veranstaltungen von der Abteilungs- bis zur Landesebene und beinhaltet für einige sogar die Möglichkeit, beim Bundesparteitag Ende September

in Berlin dabei zu sein. Ziel ist es, konkrete Anreize für den Parteieintritt zu schaffen.

Die Werbung für das Projekt U 25 beginnt im September mit einem eigens entwickelten Flyer, der an Infoständen ebenso verteilt werden soll, wie vor Jugendeinrichtungen und von jungen Menschen besonders bevorzugten Gaststätten, Imbissen und Kinos. Die Anzahl der Praktikumsplätze ist auf zehn für jeden Kreis begrenzt. Wer aus Steglitz-Zehlendorf daran teilnehmen möchte, kann sich ab sofort im Kreisbüro oder bei Ayah El-Khadra melden. Ayah, die das Projekt U 25 koordiniert, ist per mail über ayah_khadra@gmx.net und mobil unter 0179-7981642 erreichbar. Interessierte aus den Abteilungen, die bei den Werbeaktionen mithelfen möchten, können sich ebenfalls dort melden.

Ayah El-Khadra

WIR BEGRÜßEN DIE NEUMITGLIEDER IN DER SPD

Martin Haaser
Julian Krischan
Alexander von Preyss
André Said
Patrick Wenzel

Roswitha Kersten-Pejanic
Werner Lofing
Mathias Rhode
Andre Voss

DER GEMEINSAME ROTE FADEN - DAS KREISARBEITSPROGRAMM

Inhaltlich fokussiert, transparent in der Aufgabenverteilung und koordiniert in der Öffentlichkeitsarbeit – das sind die Ansprüche, die die KDV dem neuen Kreisvorstand in Form eines Arbeitsprogramms mit auf den Weg gegeben hat. Eine der Herausforderungen, vor denen wir als SPD stehen, ist es, als attraktive und inhaltlich arbeitende Partei ihre Mitglieder zur Mitarbeit zu motivieren und den Bürgerinnen und Bürgern wieder als Partei, die ihre Interessen auf- und ernst nimmt, gegenüber zu treten. Zwischen Bundestagswahl und Abgeordnetenhauswahl liegen genau zwei Jahren, in denen es der SPD auch in Steglitz-Zehlendorf gelingen muss, ihre Strukturen zu verbessern. Das Arbeitsprogramm soll dazu einen Beitrag leisten und den Prozess dafür definieren. Es legt dabei auch die Grundlagen für den im nächsten Jahr anstehenden Wahlkampf.

Thematische Ausrichtung

Ein Kreisverband kann nicht alles leisten. Deshalb haben wir die inhaltliche Arbeit auf bestimmte Themenbereiche fokussiert. Auf der kommunalen Ebene konzentrieren wir uns um die Politikfelder unserer Stadträte: Stadtentwicklung, Wirtschaft, Soziales und Bildung. Mit diesen Themen können wir sozialdemokratisches Handeln im Bezirk erfahrbar machen. Soziales und Bildung sind die Themen, die mit der SPD verbunden werden und in denen die SPD allen anderen Parteien voraus sein muss – aus eigenem Anspruch – aber auch aus der Erwartungshaltung unserer Wählerinnen und Wähler heraus. Für diese Themen wurden bereits konkrete Schritte auf der mitgliederoffenen Arbeits-KDV im Januar 2010 beschlossen – diese sind jetzt in der Arbeitsplanung für die nächsten Monate fest verankert.

Doch wir wollen in den nächsten Jahren nicht nur Kommunalpolitik machen: In Berlin wollen wir in der Landespolitik als Kreis für die Themen Mieten, Rekommunalisierung und Wissenschaft stehen und dies auch durch konkretes Handeln im Landesverband unterlegen. Beim Thema Mieten ist dies auf dem letzten Parteitag schon passiert. Das Thema Rekommunalisierung wird aktuell bundesweit insbesondere im Energiebereich diskutiert und hat für uns auch vor dem Hintergrund der kostentreibenden Teilprivatisierung der Wasserbetriebe sowie des Desasters bei der S-Bahn eine ganz besondere Bedeutung. Rekommunalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern muss dazu dienen, Qualität, Verlässlichkeit und Preisstabilität öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern. Viele Abteilungen bearbeiten dieses Thema bereits und unsere stellvertretende Kreisvorsitzende Barbara Loth ist als stellvertretende Landesvorsitzende maßgeblich an Papieren für den nächsten Landesparteitag beteiligt. Diese Diskussion wird also die nächsten Monate begleiten.

Bundespolitisch wollen wir die Finanzpolitik und die Finanzierung unserer Solidarsysteme genauer in den Blick nehmen. Bei der wichtigen Auseinandersetzung um die Zukunft des Gesundheitssystems kann der Unterschied zwischen unserem Modell einer solidarischen Bürgerversicherung und dem schwarz-gelben Projekt der Kopfpauschale besonders deutlich herausgestellt werden. Die bundesweite Kampagne gegen die Kopfpauschale wollen wir daher mit eigenen Beiträgen in Steglitz-Zehlendorf unterstützen. Bei der Finanzierung unseres Gemeinwesens geht es um die Kernfrage, wer die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise zukünftig tragen soll. Die völlig unver-

antwortlichen Steuersenkungspläne von CDU/FDP stoßen dabei bis weit in das bürgerliche Lager hinein auf Unverständnis und sind auch deshalb ein zentraler Angriffspunkt sozialdemokratischer Oppositionspolitik.

Arbeitsstrukturen

Für das Arbeitsprogramm haben wir auch die Arbeitsstrukturen in den Blick genommen. Wir haben einiges klarer gefasst, als dies in den letzten Jahren üblich war, und wir haben gemeinsam Ideen für Organisation unserer Arbeit in der Zukunft entwickelt. Das sind kleinteilige Maßnahmen – wie eine bessere Terminkoordination zwischen den Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und dem Kreis –, die sofort umgesetzt werden können. Es sind aber auch langfristige Prozesse, die wir zusammen in Gang setzen wollen. Vor allem der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist im hier Fokus. Unser Ziel muss eine kontinuierliche und bessere Kommunikation sein. Dabei wollen wir die einzelnen Medien stärker als bisher miteinander vernetzen. Die ersten Ergebnisse sind bereits sichtbar: Der Südwestwind wurde leicht überarbeitet, die Internetpräsenz wird regelmäßig mit Berichten aus der politischen Arbeit bestückt (s. Seite 27) und das Terminportal unserer Webseite hat sich als zuverlässige Anlaufstelle etabliert. Dies wird in Zukunft durch E-Mail-Newsletter an unsere Mitglieder ergänzt. In diesem Zusammenhang wurde im Arbeitsprogramm festgelegt, dass es mindestens einmal im Jahr jeweils ein Treffen der AbteilungskassierInnen, Internetbeauftragten, Mitgliederbeauftragten und Bildungsbeauftragten geben

wird, damit wir auch intern unsere Organisationsstrukturen regelmäßig weiterentwickeln können.

Für die externe Kommunikation wird es mehr Faltblätter zu unseren politischen Themen geben. Und im Wahlkampf soll erstmals eine kreisweite Zeitung testweise erscheinen. Bis dahin ist es Anspruch des Kreises, in allen Abteilungen ein eigenes Mitteilungsblatt zu realisieren. Die Pressearbeit wird ebenfalls verstärkt, um die mediale Öffentlichkeit über unsere Diskussionen und Beschlüsse zu informieren.

Auffällig in unseren Arbeitsstrukturen ist es (leider immer noch), dass an bestimmten Stellen Frauen nicht selbstverständlich gleichberechtigt vertreten sind. Dies kann natürlich nicht durch Beschlüsse geändert werden. Jedoch nehmen wir im Arbeitsprogramm diese Aufgabe ernst und müssen den politischen Erfolg nicht zuletzt auch daran messen lassen – denn was wir für Gesellschaft und Konzerne einfordern, sollte bei uns schon lange selbstverständlich sein.

Wir setzen – auch im Unterschied zu den Grünen – auf die Verankerung vor Ort. Im Mittelpunkt der politischen Aktivität stehen daher die Abteilungen und die Arbeitsgemeinschaften. Der Kreis unterstützt diese Arbeit, zum Beispiel durch das Schalten von Anzeigen für ausgewählte Veranstaltungen.

Mit der Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD findet dieser Grundsatz schon im September seine Anwendung.

Ruppert Stüwe/
Jan Kellermann

TERMINE

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM ([WWW.SPD-STEGLITZ.DE](http://www.spd-steglitz.de))

ABTEILUNG 2, SÜDENDE ([WWW.SPD-SÜDENDE.DE](http://www.spd-suedende.de))

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST ([WWW.SPD-LICHTERFELDE.DE](http://www.spd-lichterfelde.de))

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND SÜD ([WWW.SPD-LIOS.DE](http://www.spd-lios.de))

ABTEILUNG 5, LANKWITZ ([WWW.SPD-LANKWITZ.DE](http://www.spd-lankwitz.de))

ABTEILUNG 6 KRUMME LANKE ([WWW.SPD-KRUMME-LANKE.DE](http://www.spd-krumme-lanke.de))

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF SÜD ([WWW.SPD-ZEHLENDORF-SUED.DE](http://www.spd-zehlendorf-sued.de))

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF ([WWW.SPD-ZEHLENDORF.DE](http://www.spd-zehlendorf.de))

ABTEILUNG 10, DAHLEM (WWW.SPD-DAHLEM.DE)

SPD STEGLITZ-ZEHLENDORF (KREIS) (WWW.SPD-SUEDWEST.DE)

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS (AG60PLUS.SPD-SUEDWEST.DE)

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION (AGMIGRATION.SPD-SUEDWEST.DE)

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (AsF) (ASF.SPD-SUEDWEST.DE)

AG DER SCHWUSOS (WWW.SCHWUSOS-SUEDWEST.DE)

ARBEITSKREIS LEBENSWERTE STADT

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)

JUSOS (WWW.JUSOS-SUEDWEST.ORG)

DIE NÄCHSTEN PARTEITAGE

- 26.09.2010 Außerordentlicher Bundesparteitag
STATION-Berlin
Luckenwalder Straße 4-6, 10963 BERLIN
Zeit wird noch bekannt gegeben
- 13.11.2010 Landesparteitag der SPD Berlin
Zeit und Ort wird noch bekannt gegeben

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

- Mi 08.09.2010 Sommerfest der SPD Berlin
18:30 Uhr Radialsystem, Holzmarktstr. 33, 10243 Berlin
- So 12.09.2010 „Tag der Ein- und Ausblicke“ Veranstaltung des Deutschen Bundestags in
09 bis 20 Uhr den Gebäuden des Bundestags
- Di 05.10.2010 „Peer Steinbrück zur Schuldenkrise...“ - Ort und Zeit wird noch bekannt
gegeben. Anmeldung Im Büro von Petra Merkel (siehe unten)

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Petra Merkel, MdB (www.petra-merkel.de)
Fr 14.10.2010 von 10.00 bis 12.00 Uhr Uhr im SPD Kreisbüro Thaliaweg 15, 12249
Berlin, Anmeldung unter Tel. 227 77262, E-Mail: petra.merkel@bundestag.de
- Dr. Michael Arndt, MdA (www.michael-arndt.info)
Mi 17:30 - 18:30 Uhr, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117
Berlin oder telefonischer Vereinbarung: Tel. 833 50 04
- Ulrike Neumann, MdA (www.neumann-ulrike.de)
Telefonische Vereinbarung unter Tel. 772 79 41

ALLE TERMINE AUCH UNTER WWW.SPD-SUEDWEST.DE/TERMINE/.

DIE WOCHE DER STEGLITZ-ZEHLENDORFER SPD

Für die „Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD“ bieten alle Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften Veranstaltungen zur politischen Diskussion im Bezirk an. Eingeladen sind alle Bürgerinnen und Bürger, die die SPD näher kennenlernen wollen. Die Mitglieder haben die Möglichkeit, sich in der Woche ein Bild über die Diskussionen und Ideen der verschiedenen Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften zu machen. (Stand 18.08.2010)

Alle Termine der Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD im Internet
unter www.spd-suedwest.de/termine/

Alle Termine der Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD im Internet
unter www.spd-suedwest.de/termine/

DIE SCHULSTRUKTURREFORM IM INTERNET

Aus der Arbeitsgruppe der Internetbeauftragten der Berliner SPD hat sich eine kleine Arbeitsgruppe gebildet. Sie hat es sich zum Ziel gemacht, eine Plattform zu schaffen, die den Bürgern Berlins an einem Ort Informationen rund um die anstehende Schulstrukturreform zu bieten und Kontakt zu den Ansprechpartnern in den Bezirken ermöglicht.

Wir haben uns dafür entschieden, dies auf der Basis eines Vereins mittels einer Homepage zu tun. Wir wollen mit dem Angebot alle Bürger ansprechen, damit sich auch eventuelle Gegner des Projekts oder auch der SPD bei uns mit ihren Meinungen, Problemen und Fragen einbringen können. Unser Ziel ist es, möglichst

viele Bürger mitzunehmen und zu informieren, da wir hier ein erhebliches Informationsdefizit ausgemacht haben. Diesem wollen wir durch kurze Vorstellungen der Veränderungen in den einzelnen Bezirken entgegenzutreten, die wir z.B. ins Türkische übersetzen werden. Derzeit bin ich dabei, Ansprechpartner in den Bezirken zu gewinnen, was sich aber als mühsam erweist. Die Struktur der Internetpräsenz, steht inzwischen, und es ist uns gelungen, mit www.schulstrukturreform.de eine gute Adresse zu bekommen. Nun müssen wir die Seite schnell mit Inhalten füllen, dafür suchen wir Menschen, die sich gerne einbringen möchten.

Dominic Stingl

EIN JAHR NACH DER WAHL: ES GEHT WIEDER AUFWÄRTS

Glaut man den aktuellen demografischen Erhebungen, die von unseren Erfahrungen am Straßenstand gestützt werden, befindet sich die SPD wieder im leichten Aufwind. Der eigentliche Zuwachs von etwa neun Prozent ist enorm, doch wird in der Summe gerade eben der „Dreißig-Prozent-Turm“ erreicht.

Es ist ein hoffungsvolles Zeichen, jedoch eher den politischen Gesamtumständen erwachsen, als der eigenen Anstrengung. Die SPD profitiert zunächst einmal vom allgemeinen Trend, wonach in der Legislaturperiode zumeist die Oppositionsparteien hinzugewinnen. Hinzu kommen etliche falsche, sozial unausgewogene Entscheidungen von Schwarz-Gelb.

Erinnert sei an das „Mövenpick“-Privileg für Hoteliers. Oder an ein Sparpaket, das vor allem Einschnitte für Gering- und Normalverdiener bringt und sogar von Arbeitgeberseite kritisiert wurde.

Und schließlich eine so genannte Gesundheitsreform, die vor allem zu einer Anhebung der Regelsätze und Zusatzbeiträge führen wird und dabei ineffektive, kostspielige Strukturfehler im System belässt und manche Pfründe beibehält, einschließlich des goldenen Apothekermonopols.

Auch die als „alternativlos“ deklarierten Griechenland- und Euro-Hilfspakete, versehen ohne wirkungsvolle flankierende Maßnahmen, wurden gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung verabschiedet. Diese spürt die mögliche Hypothek für die Zukunft.

Doch es waren nicht nur die Fehler der Regierenden denen die SPD ihren Aufwind verdankt: Sie bewies auch taktisches Geschick. Sigmar Gabriel hat in manchen Situationen klug gehandelt, so bei der Bundespräsidentenwahl oder bei den Enthaltungen zu den Kreditermächtigungen. Der SPD Vorsitzende hat ein

Gespür für Stimmungen. Das ist etwas, woran es führenden Sozialdemokraten in den letzten Jahren bei allem Pragmatismus mangelte.

Und es gibt zählbare Erfolge. Mit der Wahl von Hannelore Kraft zur Regierungschefin in Nordrhein-Westfalen konnte die SPD den Abwärtstrend in den Ländern stoppen und zugleich die Bundesratsmehrheit der A-Länder brechen.

Doch trotz dieser positiven Entwicklungen braucht die SPD die nach der Bundestagswahl allgemein für erforderlich gehaltene programmatische, strategische und organisatorische Erneuerung.

In programmatischer Hinsicht gilt es, am Modell der Volkspartei festzuhalten. Das sollte unser Anspruch sein. Das Erstarken der Linken, aber auch die sinkende Wahlbeteiligung sind Ergebnisse einer abnehmenden Bindungskraft der SPD beim unteren Fünftel der Bevölkerung. Soziologische Veränderungen in der Gesellschaft, aber auch eine „Akademisierung“ der Partei haben dazu geführt, dass sich die Sozialdemokratie von ihren einstigen Milieus entfernt hat. Die Hinwendung zur Mitte, orientiert am Konzept des „New Labour“, führte die SPD zwar aus der Minderheitsposition in die Regierungsverantwortung. Je mehr hieraus jedoch einerseits eine politische Beliebigkeit erwuchs, andererseits die CDU à la Merkel ebenfalls in die Mitte drängte, desto mehr verloren wir links, ohne die neuen Wählerschichten halten zu können. Dies war neben dem Vertrauensverlust das strategische Dilemma bei der letzten Bundestagswahl. Hier gilt es, Terrain zurückzugewinnen. Die dauerhafte Beschränkung als eine Segment-

partei – die der „linken Mitte“ – in einem Fünf-Parteien-System kann nicht das Ziel der SPD sein. Zwar lassen sich mittelfristig durch eine geschickte Bündnispolitik schrumpfende Wählerstimmen noch machtpolitisch kompensieren. Auf längere Sicht droht jedoch der Sturz in die Bedeutungslosigkeit.

Wie lässt sich jedoch nachhaltig die Wählerbasis wieder verbreitern in Zeiten einer fragmentierten Gesellschaft, in der Interessengegensätze – auch die zwischen „Mitte“ und „Unten“ – tendenziell zunehmen?

Hier gilt es, stärker als bisher Themen zu besetzen und in den Mittelpunkt zu rücken, bei denen es eine Interessenidentität von breiten Kreisen der Bevölkerung gibt. Ein Ansatzpunkt ist das Auseinanderfallen von Arm und Reich in den letzten Jahren. Die Reallohnentwicklung stagnierte weitgehend, hingegen stiegen die Einkünfte aus Kapitalerträgen. Verdi hat hierzu gute Vorschläge entwickelt. Ein klassisches Feld ist zudem die Gesundheitspolitik. Es hat sich eine Selbstbedienungsmentalität der Leistungserbringer entwickelt, auf Kosten der Allgemeinheit. Hier sind finanzielle Reserven vorhanden, die aufgelöst werden können, ohne die medizinische Versorgung einzuschränken.

Auch das Engagement in der Mietpolitik ist ein klassisches sozialdemokratisches Thema, ebenso die Rekommunalisierung ehemals öffentlicher Eigenbetriebe.

In diesen Feldern können wir unsere Standpunkte schärfen und mit sachlicher Argumentation um Mehrheiten ringen.

Andreas Linde

MEHR ALS EIN NAME

Die Ausstellung „Mehr als ein Name Opfer des Nationalsozialismus aus Steglitz und Zehlendorf“ wird am Mittwoch, den 1. September 2010, um 18.00 Uhr in der Schwartzschen Villa und um 19.30 Uhr im Heimatmuseum Zehlendorf eröffnet. Sie wurde nach vorangegangener kontroverser politischer Diskussion durch einstimmigen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf angeregt. An den beiden Standorten der Ausstellung werden einige Biographien von Menschen aus Steglitz bzw. Zehlendorf gezeigt, die Op-

fer des Nationalsozialismus wurden, weil sie Juden waren, krank oder vermeintlich krank oder homosexuell, weil sie Widerstand leisteten oder auch nur in den letzten Kriegstagen nicht für eine verbrecherische Ideologie sterben - sondern für ihre Familie leben wollten. Die Ausstellung, die vom 2. September bis zum 3. Oktober gezeigt wird, ist damit ein Beitrag zur Erinnerungskultur im Berliner Südwesten. Der Eintritt ist frei. (weiteres siehe auch unter Terminen der Abteilung 4)

Gerhard Niebergall

GESUNDHEIT IM ALTER

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den westlichen Industriegesellschaften gewinnen Fragen zur Thematik „Gesundheit im Alter“ zunehmend an Bedeutung. Aktuelle Prognosen besagen: bis 2030 wird der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen gravierend steigen. Weil es bisher aber auf lokaler Ebene nur ganz wenige Informationen über diese Altersgruppe gibt, wurde im Bezirksamt Berlin-Mitte die LISA-Studie konzipiert. Dabei steht „LISA“ für Lebensqualität, Interessen und Selbstständigkeit im Alter.

Für diese Studie wurden insgesamt 473 über 60jährige befragt. Die Befragung wurde durchgeführt von Mitarbeitern des Bezirksamtes und sozialen Kooperationspartnern. Da inzwischen auch der Bezirk Mitte einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund aufweist, wurde gezielt angestrebt, diese Bevölkerungsgruppe in der Stichprobe angemessen zu repräsentieren. Deswegen sind neben den deutschen Befragten insbesondere ältere türkische Menschen

in der Stichprobe stark vertreten.

Da im Bezirk Mitte (umfasst auch Tiergarten und Wedding) ein hoher Anteil der Bevölkerung aus der unteren sozialen Schicht kommt bzw. nichtdeutscher Herkunft ist, sind die Ergebnisse natürlich nicht eins zu eins auf Steglitz-Zehlendorf zu übertragen.

Wohnsituation

Bei der Haushaltszusammensetzung gab es eine große Bandbreite. Fast 60% der Befragten lebten allein – hier insbesondere die deutschen Frauen. Knapp über 30% der Befragten wohnten in Zweipersonenhaushalten – hier waren die höchsten Anteile bei den älteren türkischen Befragten zu finden. In Haushalten mit 3 oder mehr Personen wohnten ca. 10% der Befragten – hier insbesondere die türkischen und arabischen Befragten. Der hohe Anteil von Alleinlebenden weist auf ein großes Risiko der Vereinsamung hin.

Soziale Kontakte

Über 90% der Befragten hatten ihren wichtigsten sozialen Kontakt mindestens im Großraum Berlin – davon 42% im ei-

genen Haushalt. Insbesondere bei den Menschen mit Migrationshintergrund gab es höhere Anteile von Menschen mit ihrer wichtigsten Kontaktperson außerhalb Berlins. Auf die Frage danach, ob sie Menschen aus anderen Kulturen, als die eigene im engeren Bekannten-/Freundeskreis haben, zeigt sich, dass insbesondere die türkischen und deutschen Befragten eher unter sich blieben, während die russischstämmigen Befragten am ehesten offen für Menschen aus anderen Kulturkreisen waren.

Aktivitäten

Auf einer Liste verschiedener Aktivitäten des täglichen Lebens kreuzten die Befragten die jeweilige Häufigkeit an. Hinter dem zu erwartenden Renner „Fernsehen“, das fast 90% der Befragten mindestens wöchentlich tut, folgen im „eigenen Haushalt arbeiten“ mit 81,2%, „ein Buch lesen“ mit 53,3% und „gesellige Treffen“ mit 52,4%. Andere Geselligkeiten – wie Karten spielen (21,5%) und Handarbeit (22,0%) – konnten sich im Mittelfeld behaupten. Erfreulicherweise gab mehr als ein Viertel der Befragten an, mindestens wöchentlich Sport zu treiben.

Spannend war auch die Geschlechterverteilung bei der Aktivität „jemand pflegen“, da die häusliche Pflege traditionell als „weibliche“ Angelegenheit betrachtet wird. Hier waren die männlichen Befragten mit 12,5% fast doppelt so häufig tätig wie die Frauen (6,4%).

Gesundheit und Krankheit

Bei der Einschätzung der eigenen Gesundheit fallen insbesondere zwei Ergebnisse ins Auge: Die Männer schätzen ihre Gesundheit mehr als doppelt so häufig wie die Frauen als „ausgezeichnet“ oder „sehr gut“ ein. Zum anderen sehen wir in dieser Bewertung starke soziale Unterschiede. Bei Depression zeigte sich: je höher die soziale Schicht, desto seltener die Gefahr der Depression. Insbesondere bei den älteren türkischstämmigen Befragten wurde eine hohe Betroffenheit festgestellt, auch nach der Kontrolle für andere relevante Faktoren. Die mittlere soziale Schicht war am stärksten von Diabetes betroffen, gefolgt von der unteren und der oberen. Hier war jedoch der wichtigste Faktor das Gewicht: je stärker übergewichtig desto höher der Anteil der Diabetiker.

WIR GRATULIEREN ALLEN ZUM GEBURTSTAG, INSBESONDERE

IM SEPTEMBER: 01.09. Peter Haftenberger; 02.09. Fr.Wilhelm Stöckel; 04.09. Wolf-D. Lehmann, Andrea Pettkka; 05.09. Frank Knop; 08.09. Antje Berndt, Klaus Böger; 15.09. Renate Theil; 16.09. Hans-Christian Koch, Wolfgang Oeburg; 19.09. Eva Reichel; 23.09. Joachim Barteczka; 24.09. Rainald Steck; 25.09. Klaus Kändler; 26.09. KarlHeinz Schmitt, Sigurd Trautmann; 30.09. Hartmut Jäckel, Heide Helbing; 30.09. Renate Melzer, Rolf Kawel.

IM OKTOBER: 01.10. Udo Rettweiler; 02.10. Herbert Müller, Cornelia Bröcker-Pfotenhauer, Kurt Fitzner; 03.10. Klaus Barz; 04.10. Egon Thesenvitz, Adelheid Bonnemann-Böhner; 05.10. Wolfgang Bertsch, Monika Credner, Rolf Albrech, Hasso von Wedel; 06.10. Bernhard Römhild; 10.10. Doris Manzke; 11.10. Vera Bubendey-Welker; 12.10. Brigitta Behrens, Edzard von der Hugo, Michael Niemeier; 16.10. Volker Engelmann, Raimund Klatt; 19.10. Karl Konrad Thöne; 20.10. Margot Henning; 21.10. Jochen Bethkenhagen; 24.10. Angelika Hoffmann; 25.10. Detlef Blankenburg; 26.10. Richard Röhrebein, Hannelore Pankonin, Thomas Unger; 28.10. Eva Blatt, Karla Range-Schmedes, Andreas Zakrzewicz; 30.10. Ingeborg Mlitz, Burkhard Zimmermann.

Pflege

Insgesamt waren 18,3% der LISA-Befragten pflegebedürftig. Insbesondere in der ältesten Altersgruppe stieg der Pflegebedarf an. Frauen benötigten Pflege ca. 3% häufiger als Männer. Auf der Frage danach, von wem sie im eventuellen Pflegefall Hilfe erwarten, fielen die Antworten je nach Herkunft unterschiedlich aus. Bei den Menschen, die zusammen mit ihrem Ehepartner wohnten, erwarteten die deutschen Befragten häufiger Pflege von dieser Person als die Befragten aus anderen Herkunftsgruppen. In Hinblick auf die Kinder- und Enkelgenerationen kehrt sich dieses Verhältnis um. Hier erwarten insbesondere die türkischen Be-

fragten Hilfe im Pflegefall. Ob sich diese Erwartung erfüllen wird – angesichts der Tatsache, dass die Kinder- und Enkelgenerationen meist in Deutschland sozialisiert wurden – konnte in der Befragung jedoch nicht festgestellt werden.

Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse von LISA werden als Basis für die Planung von Angeboten für die ältere Bevölkerung im Bezirk dienen. Weitere Informationen zu LISA, insbesondere die Ergebnisse der Befragung, sind auf der Website des Bezirksamtes Mitte zu finden (www.berlin.de/ba-mitte/org/gesplanleit/gbe_lisa.html).

Jeffrey Butler

WER WILL WEM WAS WEGNEHMEN ?

Steuern zahlt wohl niemand gerne. Andererseits: Ohne Steuern ist kaum Staat zu machen. Die Frage ist auch nicht, ob wir Steuern zahlen, sondern wer, wieviel und wofür zahlt. Die gelb-schwarze Bundesregierung hat mehr Netto vom Brutto versprochen und dies bereits für die Hotelbesitzer umgesetzt. Diese zahlen auf die Übernachtungspreise nur noch 7 % statt 19 % Umsatzsteuer. Hotelbesitzer müsste man sein.

Die mit normalem Verstand vielfach nicht mehr nachvollziehbaren anderen Umsatzsteuerermäßigungen stehen nach einem kritischen Bericht des Bundesrechnungshofes derzeit auf dem Prüfstand. Es wird interessant sein mit zu erleben, ob Hummer und Trüffel teurer werden, weil sie den ermäßigten Steuerersatz verlieren. Oder ob die Rechtsberatung der Berliner Verbraucherzentrale teurer wird, weil sie künftig mit 19 % Umsatzsteuer gestraft wird.

Die gelb-schwarze Bundesregierung ist auch sonst eifrig dabei, Steuern zu ge-

stalten. Eine Kommission soll die Gewerbesteuer abschaffen helfen, von einer Erhöhung der Grundsteuer ist auch die Rede. Die gelb-schwarz Regierung weiß sehr wohl, um es mit Helmut Schmidt zu sagen, wem sie was wegnehmen will. Und vor allem, wem nicht und wem sie noch etwas mehr zustecken will.

In der Sozialdemokratie hat die Diskussion über eine steuerpolitische Alternative erst begonnen. Der Parteivorsitzende Siegmund Gabriel verdient Unterstützung, wenn er die rot-grüne Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer rückgängig machen und 50 % erheben will. Der sozialdemokratische Landesparteitag war gut beraten, als er den Steglitz-Zehlendorfer Antrag verabschiedete, der den rot-roten Senat verpflichtete, umgehend einen Vermögensteuergesetzesentwurf in den Bundesrat einzubringen. Finanzsenator Dr. Nussbaum hat recht, wenn er sich für eine Revitalisierung der Gewerbesteuer ausspricht.

Die vielen guten einzelnen Elemente müssen noch zu einem stimmigen Konzept verbunden werden. Dies soll bis zum nächsten Bundesparteitag im September geschehen. Hierfür braucht es Kriterien. Ich fände es sinnvoll, drei Kriterien immer mit heranzuziehen.

Das erste ist das soziale Kriterium. Starke Schultern können mehr tragen als schwache.

Das zweite ist die Frage, wessen Steuerkraft wird gestärkt? Die des Bundes, der Länder, der Gemeinden? Nachdem die letzte gelb-schwarze Bundesregierung unter Dr. Kohl mit allerlei Tricks und Kicks die Kommunen um die Gewerbesteuer und die Länder um die Milliarden aus der Vermögensteuer gebracht hat, müssen vor allem Länder und Gemeinden wieder steuerlich gestärkt werden. Die auch von Dr. Kohl und Co. damals abgeschaffte Börsenumsatzsteuer kann und muß in zeitgemäßer Form wieder her. Sie mag auch wieder dem Bund zufließen.

Das dritte Kriterium ist Nachhaltigkeit. Steuervorteile für dicke Geländewagen, deren Gelände nur Innenstadt und Autobahn heißt, steuerfreies Flugbenzin noch Jahrzehnte nach Franz-Josef Strauß' Ableben? Hier gilt es, die ökologisch orientierte Steuerreform wieder aufzunehmen. Und zwar nicht mit einer Brennelementsteuer als symbolischer Ablaß für museale Atomkraftwerke mit vattenfallenden Unsicherheitsstandards.

Die Debatte hat begonnen, jede Genossin und jeder Genosse ist eingeladen, mitzustreiten. Wir dürfen die Steuerpolitik nicht der FDP und ihresgleichen überlassen. Bevor der sozialdemokratische Bundesparteitag am 26. September 2010 über den Entwurf eines Konzepts beschließt, sollten wir in Berlin wissen, wem wir was wegnehmen wollen und wem nun wirklich nicht.

Dr. Hans Willi Weitzen

HANS-JOACHIM PÜSCHEL – SEIT ÜBER 60 JAHREN SOZIALDEMOKRAT

1930 in Köthen/ Anhalt geboren, verbrachte Hans-Joachim seine Kinder- und Jugendzeit in Dessau und Köthen. Durch den Beruf seines Vaters bei den Junkers-Werken und über verwandtschaftliche Beziehungen, eine Tante führte hier eine große Konditorei, bestanden regelmäßige Kontakte nach Berlin. So kam es, dass Hans-Joachim 1948 an einem Zeltlager der Falken in Heiligensee teilnahm, dort das Programm der SPD kennen und schätzen lernte und ihr Mitglied wurde. In Köthen zurück, verhaftete ihn sowjetische Militärpolizei auf offener Straße und hielt ihn unter dem Vorwand fest, er wolle in Köthen eine illegale Falkengruppe gründen. Weil Hans-Joachim aber

darauf verweisen konnte, dass bei dem Abschlussempfang im Falkenlager Heiligensee auch ein sowjetischer Offizier zugegen gewesen war, kam er wieder frei. Selbst sein beschlagnahmtes SPD-Parteiheft übergab man ihm. Dieses gab er dann vorsichtshalber der Berliner SPD zurück, um nach einem Seminar der Falken in der Villa der Wannseekonferenz am 20. August 1949 erneut in die SPD einzutreten. Weil ihn kurz darauf der sowjetische Geheimdienst in Köthen als Spitzel anwerben wollte, zog er nach West-Berlin, schloss die Schule mit dem Abitur ab, wurde Finanzbeamter und kann auf eine lange Laufbahn als Steuerprüfer zurückblicken.

Hans-Joachim ist lange Zeit seines Lebens eng mit den Falken verbunden geblieben. Unter anderem begleitete er Jugendgruppen auf Fahrten nach Wien, Jugoslawien und Schweden. In der SPD strebte er nie irgendwelche Ämter an, beteiligte sich aber bis ins hohe Alter bei allen Wahlkämpfen. Bis 1994 war er mit seiner Frau Helga auch bei der AG 60+ aktiv. Helga ist damals Vorsitzende der Steglitzer Seniorenvertretung gewesen.

Die Eheleute Püschel leben heute in einer Seniorenwohnanlage am Scheeleplatz in Lichterfelde. Die kalte Jahreszeit verbringen sie seit 1994 auf Teneriffa. Dort fanden sie Anschluss an eine Seniorengruppe der spanischen Sozialisten.

Seine Helga lernte Hans-Joachim 1958 kennen und lieben. Schon nach dem ersten Treffen fand Helga am nächsten Tag

in ihrem Briefkasten ein Briefchen von Hans-Joachim: Entweder Du heiratest mich oder wir sehen uns nie wieder! Diesem Ultimatum konnte Helga nicht widerstehen und, wenn man beide heute sieht, freundlich und liebevoll einander zugewandt, bereuten sie es nie. Beide gründeten eine sozialdemokratische Dynastie. Fast alle Kinder und Enkel sind Mitglieder der SPD. Ihre Interesse an der Jugend bewirkt, dass beide für das aktive Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr eintreten. In der Abteilungsversammlung am 25. Mai diesen Jahres überreichte der im Januar neu gewählte Vorsitzende Holger Fabig die schon lange überfällige Ehrenurkunde für 60jährige Mitgliedschaft in der SPD.

Dagmar Brilleaud/
Gerhard Niebergall

AKTUELL IM INTERNET

Auf der Internetseite der SPD Steglitz-Zehlendorf www.spd-suedwest.de werden nicht nur die aktuellen und weiteren Termine des Kreises, der Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, sondern auch in regelmäßigen Abständen Texte der Funktions- und Mandatsträger über die aktuelle politische Arbeit und Lage veröffentlicht - ein Blick lohnt sich!

Ein Technologiezentrum in Steglitz-Zehlendorf von Barbara Loth (Bezirksstadträtin)

Zukunft der Berliner Universitäten langfristig gesichert! - Die Schwachstellen der bisherigen Hochschulfinanzierung von Michael Arndt (MdA)

Verkehrspolitik für alle - Die aktuellen verkehrspolitischen Projekten im Bezirkssamt von Uwe Stäglin (Bezirksstadtrat)

Lärmschutz ja – aber bitte ohne Mauer! von Holger Thärichen (MdA)

WIR GEDENKEN UNSEREN VERSTORBENEN

Abt. 4	Irmgard Lubig	Mitglied seit 1956
Abt. 9	Klaus Hubl	Mitglied seit 1978
	Ewald Weitz	Mitglied seit 1969
	Bruno Ott	Mitglied seit 1961

SPD-Kreisbüro

Steglitz-Zehlendorf

Leitung: Mirjam Golm

Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Öffnungszeiten: Mo.+Do. 10:00 - 14:00 Uhr,

Fr. 14:00 - 18:00 Uhr.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail: steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de

Web: www.spd-suedwest.de

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss für die Nummer 48

(Nov. - Dez. 2010) ist am 11.10.2010.

Genossinnen und Genossen, die einen Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis zum Redaktionsschluss in digitaler Form

einreichen: per E-Mail an

sww@suedwest.spd-berlin.de.

Textformate: txt (ohne Zeilenumbrüche) oder doc (MS-Word).

Petra Merkel MdB

Wahlkreisbüro Goethe80

Goethestraße 80, 10623 Berlin

Öffnungszeiten: Mo.+Do. 12:00 - 16:00 Uhr,

Di. und Mi. 10:00 - 14:00 Uhr.

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 00 168

E-Mail: petra.merkel@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro, 11011 Berlin

Web: www.petra-merkel.de

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei

Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Maximiljan Reth

c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Redaktion: Ulrike Wöhning, Klaus Spychal-

ski, Hans-Willi Weizen, Maximiljan Reth

Druck: Robert und Helmut Podzuweit GbR,

Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet www.spd-suedwest.de/sww/.

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt A53261

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises Steglitz-Zehlendorf